

Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Kenntnis genommen wurde von Mitteilungen, von einer Verordnung des Ministeriums des Innern über Erstattung von entgangenem Arbeitsverdienst für Mitglieder des Bezirksausschusses pp., von der Verordnung des Wirtschaftsministeriums, schrfe Prüfung der Konzessionsanträge für Börs, Dielen pp., von einem Schreiben des Stadtrats Dresden, Vorschlag einer Rendierung in der Berechnung der Umlagebeiträge für den Bürgervorstand, sowie von der Errichtung von Freihallen für Bevölkerungsgruppe am Hochzeitsseminar in Dresden. Bei Aufstellung des Hochzeitsknots bewog das Staat für das nächste Rechnungsjahr los auf die Frage zurückgekommen werden.

Die Beiträge zu der Preisprüfungshalle wurden gewählt für den Amtsgerichtsbezirk Niesa: Wende-Rünchitz, Böckau-Zeithain, Bielig-Röderau, Grindler-Groß, für den Amtsgerichtsbezirk Großenhain: Liebenau und Zoll, Großenhain, Bielig-Altenbach, für den Amtsgerichtsbezirk Radeburg: Henner, Richard Kühne und Lehmann-Radesburg. Ferner wurde in den Erneuerungsbauschule Vertreter ausgewählt.

Genehmigung fand der 5. Nachtrag zur Gemeindeverordnung für Schönborn, Wertheimsteiner betr., der 6. Nachtrag zur Gemeindeverordnung für Schönborn, Hohenstein betr., der Nachtrag zum Ortsplan der Gemeinde Sabelitz, Vereinigung der Gutsbezirke Sabelitz und Stroga mit der Gemeinde, die Abtrennungen von Bl. 19 und Bl. 22 des Grundbuchs für Großschönau; nach dem Vorschlag des Reichsgerichts, die Belebung von Steckelschwerf seitens des Kommunalverbandes, im übrigen war man mit den von der Amtshauptmannschaft getroffenen Maßnahmen einverstanden.

Ratssächliche Genehmigung fand die Berechnung der Belebungen für die Mitglieder der Preisprüfungshalle auf das Jahr 1921/22 (Nachbereitung) und das Gesuch der Gemeinde Medingen um Übertragung des Vorlaufsrechts bei dem Verkauf der Grundstücke Bl. 900 des Grundbuchs für den Dresdner Lehnshof und Bl. 228 des Grundbuchs für Medingen mit der Rücksicht, daß, falls zur Gestaltung des Vorlaufsrechts die Gemeinde keinen Gebrauch davon macht, sie die sämtlichen Kosten des Verfahrens selbst trägt.

Einverstanden war der Bezirksausschuß mit Erhöhung der Entschädigung für die Vorstehenden der Mieteinigungskommission für die Amtsgerichtsbezirke Niesa und Radeburg und für den Schriftführer des lebigenen Amtes nach dem Vorschlag des Reichsgerichts, mit dem Beitrag zum Landesverein Sachsen für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege und mit einem Beitrag von 100 Mark, mit dem Nachtrag zum Ortskatalog der Gemeinde Ponitzau, Vereinigung des Vorworts mit der Gemeinde, mit dem Anschluß an den Sachsischen Sparkassenverband (Revision der Bezirksfeste), mit Unterbringung der beiden Bezirksschulamts in Radeburg (im übrigen wurde von den bereits getroffenen Maßnahmen Kenntnis genommen), mit Neufestlegung der Gebühren bei Revision von pneumaticischen Herdeinspektorat im Bezirk nach den von dem Reichsgericht vorgelegten Sätzen und mit Neufestlegung der Belebensfrägenbüchern im Bezirk nach den vom Bezirksrat vorgelegten Sätzen (800, 250 und 200 Mark).

Ein Gesuch um eine besondere Begebaublöße aus Staatsmitteln für die Gemeinde Neuer Auhau in Höhe von 70 000 Mark soll an das Ministerium des Innern gerichtet werden. Begebaubarkeitshilfe der Gemeinde Gröba wegen besonderer Bedürfnisse aus Staatsmitteln betr.: Beim Ministerium des Innern soll die Gewährung von Staatsbeihilfen bestimmt werden und zwar a) in Höhe von 200 000 Mark für die Oberhauer, Altkroß, Uhlemann- und Cammerstraße, b) in Höhe von 1½ Millionen für die Kleinstadtserweiterung der Döbberner Straße. Auf das Gesuch der Gemeinde Gröda um eine außerordentliche Staatsbeihilfe zu den Kosten des Ausbaus der Dorfstraße soll eine außerordentliche Staatsbeihilfe in Höhe von 800 000 Mark beim Ministerium des Innern bestimmt werden. Nach längerer Ausprache über eine soziale Abgabe für Zwecke der allgemeinen Wohlfahrt oder des Wohnungsbauens erklärte sich der Herr Reichsbaumeister bereit, sofort eine Vorlage für ein entsprechendes Steuergesetz auszuarbeiten und dieses den Bezirksvertretungen zur Beurteilung vorzulegen.

Als Berechnungshalle zur Belebung verfügbare Kapazität für gänzlich Mittellohe und für sonstige Notfallsmaßnahmen wurden 500 000 Mark benötigt. Kleinrentnerhilfe aus Staatsmitteln und Verteilung von Nahrungsmitteleinheiten betr. wurde beschlossen, die Hälfte der zur Verfügung gestellten Mittel zu bewilligen, das Warenangebot wird angenommen. In der Angelegenheit der Vereinigung des Rittergutes Verbißdorf mit der Gemeinde Verbißdorf soll eine überörtliche Entscheidung herbeigeführt werden. Auf das Gesuch des Ortsausschusses Niesa des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes um Gewährung einer Beihilfe zur Unterhaltung des Arbeiterssekretariats in Niesa wurden 2000 Mark Beihilfe mit 4 gegen 8 Stimmen bewilligt.

Aufgelehnt wurde das Gesuch des Mieteinigungskommissars für den Amtsgerichtsbezirk Radeburg, Entschädigung an die Staatskasse für Willkürbung der Amtsräume und Bezahlung der Schreibmittel usw., betr.: es soll abgewartet werden, was das Amtsgericht auf die Ablehnung hin unternimmt. Der Antrag der Gemeinde Rothenburg, den Erntefestmontag als langen Tag zu erklären, soll der Kreishauptmannschaft in ablehnendem Sinne einverlebt werden. Den zu entrichtenden Schätzungen, Krankenversicherung der Haushaltspfleger betr., wurde im vorauß. Zustimmung erteilt.

Abgelehnt von der Tagesordnung wurde ein Punkt und in nichtöffentlicher Sitzung über 16 Punkte Beschluss gefaßt.

Vermischtes.

Fürthbare Bluttat eines Geisteskranken. In Rositten hatte ein aus der Irrenanstalt zurückgekehrter Bauer seiner Frau und seinen beiden Kindern die Adye ab. Er ergriff dann die Flucht. Die verfolgende Polizei逮捕ete ihn mit einem Schuß, so daß die Beamten, um weitere Bluttaten zu verhindern, den Wohnungen niedergeschossen.

Hochwasser der Oder. Wie der "Volkszeitung" aus Berlin meldet, führt die Oder Hochwasser. Innerhalb 24 Stunden stieg der Wasserspiegel um 4,50 Meter. Verschiedene Teile der Oberpromenade stehen bereits unter Wasser.

Schadenstat eines Geistesgestörten. In Südböhmen ermordete der ehemalige Handlungsgeselle Max Kendl seine Ehefrau und seine beiden drei- und vierjährigen Mädchen und beging dann Selbstmord. Er hat die Tat anzetteln in geistiger Unmacht verübt.

Ein zäher Selbstmordkandidat. In Hohenmölsen (Provinz Sachsen) fand man den 73-jährigen Rentner Reichhardt in bewußtem Zustand auf. Er batte verloren, sich zu erkämpfen, aber der Strick war gerissen. Am nächsten Tag brachte er sich aus einem hochgelegenen Giebelstock auf die Straße; man brachte ihn ins Krankenhaus, wo es sich herausstellte, daß die Verletzungen nicht ernsthaft waren. Kurze Zeit darauf machte er den Versuch, sich im Krankenhaus die Pulse zu durchschneiden, was auch nicht gelang, da das Messer am stumpf war.

Der Kunstmarschall als Belammeugabe. In einer der Hauptstraßen von Amsterdam, der Gouvernementsstraat, steht man in einem Cigarrengeschäft, wie man aus Holland mitteilt, eine große Antändigung mit lächerlichen Worten: „Bei Kaufnahme von Zigaretten über

1 Gulden ein Kunstmarschall gratis!“ Um das Plakat herum hängen in Hülle die deutschen Scheine, die selber etwa 20 Gulden werteten! Jetzt bekommt man einen als Zugabe, wenn man zehn mittlere Zigaretten kauft. Es machen sich die Ausländer über die deutschen Geldauflände lustig.

Das Richtergericht in Düsseldorf verurteilte den Besitzer der Schwarzfutter-Glockenfabrik Karl Schwarz wegen fortgesetzten Schlechthandels und Preistreiberei zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und 6 Millionen Mark Geldstrafe. Mehrere Mitangeklagte erhielten Freiheits- und Geldstrafen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 16. Oktober 1922.

Die Einführung des neuen Reichsgerichtspräsidenten.

Eine Rede des Reichspräsidenten.

(Dresden.) Im Reichsgericht stand heute in Gegenwart der Mitglieder des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft und der Rechtsanwaltswissenschaft beim Reichsgericht die feierliche Einführung des neuernannten Präsidenten des Reichsgerichts, Reichsministers a. D. Dr. Simons, durch den Reichspräsidenten im Beisein des Reichsjustizministers statt. Der Reichspräsident, der mit dem Reichsjustizminister Dr. Radbrück, Staatssekretär Dr. Joel und Ministerialdirektor Dr. Weißner um 12 Uhr im Reichsgericht eintraf, hielt hierbei folgende Ansprache:

Meine sehr verehrten Herren!

Es ist mir eine angenehme Pflicht, den neuen Präsidenten des Reichsgerichts persönlich in sein Amt einzuführen. Ich meine, es ist ein für die Nation bedeutsames Ereignis, wenn in die Stelle des höchsten Richters im Deutschen Reich eine neue Mann eintritt. Wohl ist es bisher das Geschick der Rechtsprechung gewesen, ihr wohlältiges Werk in der Stille zu tun ohne Tanz und Rhythmus und bedacht nur dann, wenn bereitstehen oder unbereitstehen Missfallen die Beachtung der Allgemeinheit auf sie lenkt. Um unsere Rechtstruktur steht es ähnlich, wie es um eine jede Kritik stehen würde, die nur die schlechten Leistungen mit herjem Lädel verzeichnete, der guten aber mit seinem Worte der Anerkennung gedenken würde. Es sollte anders sein. Eine zielbewußte Erziehung zum Gemeinwohl müßte auch dies bewirken, daß Recht und Rechtspflege als ein gemeinsches Gut im Bewußtsein und Herzen unseres Volkes lebte, und daß die Männer, welche die vornehmste Verkörperung deutscher Rechtscultur sind, in der öffentlichen Meinung einen ganz anders bedeutsamen Platz einnehmen, als dies heute der Fall ist.

Stil und schlicht war auch der Mann, in dessen Händen zulegt das Amt des Reichsgerichtspräsidenten ruhte, ernst und streng, ein Mann der Gründigkeit und des Charakters, durch und durch ein Mann des Rechts. Ich habe in schweren Tagen gemeinsamer Arbeit am Reiche seine Sachlichkeit, Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit, seine hinter äußerer Herheit verborgene tiefe Güte auf das Höchste schwärmen gelernt. Er war einer von jenen verantwortungsvollen Menschen, denen unter Gemeinwohl in schweren schweren Tagen zu einem guten Teil seinen Weitertritt zu danken hat, einer von jenen Männern, die tief eingewurzelt, liebgewordene Empfindungen erfanden, gesellschaftlichen Notwendigkeiten zum besten des Vaterlandes unterzuordnen wußten. Ich werde seiner immer dankbar gedenken.

Aus seiner Hand geht das hohe Amt an Sie, Herr Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, über. Es ist die Aufgabe des Reichsministers der Justiz, Sie in Ihr neues Amt einzuführen, aber mir ist es Bedürfnis, Ihnen für Ihre Amtsführung Glück zu wünschen und dem Reichsgericht unter Ihrer Führung ein weiteres segensreiches Wirken zum Wohle des Vaterlandes.“

Heraus sprach der Reichsjustizminister Dr. Radbrück. Er wies darauf hin, daß der neue Reichsgerichtspräsident der sechste in der Reihe hervorragender Männer des Rechts sei, die mit dem großen Namen Eduard von Simons beginnen, und daß das Leben ihm im besonderen Maße auf sein hohes Amt vorbereitet hätte: Dr. Simons habe als Richter aller Stufen, als Mitglied zweier Ministerien, als Berater eines großen Wirtschaftsverbands die Welt des Rechtes von allen Seiten umkreist und als Minister des Auswärtigen internationales Recht und Unrecht mit weitem Ausblick überwacht. Er ist nicht nur Verstandeskünstler, sondern Gezengkurst, erfüllt vom Glauben an eine Rechtsordnung zwischen und über den Völkern, und werde daher, wo es nötig sei, mit dem ganzen Nachdruck seines in der Welt beachten Namens für die deutsche Rechtspflege und das deutsche Reichsgericht Achtung in der Welt fordern. In einer auch für die Rechtspflege schweren Zeit übernahm Dr. Simons die Führung der deutschen Justiz. Das Rechtsweltbewußtsein in den Diensten erschüttert — die Rechtsordnung in manchen Teilen veraltet — der Richterstand von lebensfachlicher Kritik unbrandet — die Rechtsanwaltschaft in schwerer wirtschaftlicher Notlage — das Reichsgericht selbst in die vorstrebende Front erstaunlicher Rechtspflege gerückt, aber es ist die Hoffnung begründet, daß gerade in schwerer Zeit die Führung des neuen Reichsgerichtspräsidenten unserem Vaterland zum Wohle des Vaterlandes“.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons erwiderte in langer Rede, in der er sagte: Das Wort, das die Gerechtigkeit die Grundlage jeder Regierung sei, gelte ebenfalls für die demokratische Republik, in der die Liebe zur Gerechtigkeit an die Stelle der durch den Zwang geführten Unterordnung unter den Herrscher treten müsse. Für den deutschen Richter ergaben sich dabei besondere Schwierigkeiten, da sein Beruf ihn zu konservativer Geltung gegenüber den Gelehrten zwinge und eine gewisse Säuberkeit des Rechtswillens Voraussetzung für die Stetigkeit der Rechtsentwicklung und die Sicherheit der Rechtspflege sei. Diese Säuberkeit darf aber nicht zum inneren Widerstand gegen die verfassungsmäßige Form des Rechtslebens werden, weil sonst die Schaffensfreude des Richters erlahmen würde. Neben dieser scheinlichen Schwierigkeit hätten die deutschen Richter heute mit äußerer Hemmung verschiedener Art zu kämpfen, der Überfluß des gesetzgeberischen Materials, dem damit verbundenen Sinken der Nutzung des Volkes vor den Gelehrten, der Waffenhaftigkeit der Streitfälle, die sich aus den durch die Wirtschaftskrisis gezeigten Verhältnissen ergeben, und endlich der eigenen wirtschaftlichen Notlage. Trotzdem sei er gewiß, daß das Reichsgericht die Aufgaben der neuen Zeit erfolgreich in Angriff nehmen werde. Als solche bezeichnete er eine gewisse Vereinfachung des ungeheuren Rechtsstoffes nach großen Linien der Entwicklung, ein Zusammenarbeiten mit den neuen Rechtsinstitutien des Reiches, eine Fähigkeitsnahme mit der Rechtsentwicklung des Deutschen Reichs anhand der Rechtsgrenzen, insbesondere Deutscherreichs, und endlich eine häufige Kontrolle der internationalen Rechtsentwicklung, insbesondere nach der Seite der Schiedsgerichtsbarkeit. Der Richter schloß mit der Bitte an die Mitglieder des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft und der Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht, ihn in der Führung seines hohen Amtes zu unterstützen, und mit dem Ausdruck des Vertrauens auf das wohlwollende Verständnis der Reichsregierung.

Herauf begrüßten Senatspräsident Meyer namens der Richter des Reichsgerichts, Oberrechtsanwalt Hermann namens der Rechtsanwaltschaft und Rechtsanwalt Schelmer Rat Dr. Bildhagen namens der Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht bis neuen Richter.

Müllgang der Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

(Paris.) Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen von Ende August bis Ende September 1922 ist von 51 789 auf 49 512, die der teilweise Arbeitslosen von 25 538 auf 28 858 gesunken.

Die Griechen wollen Adrianopel belagern.

(Paris.) Der Verleger der "Chicago Tribune" in Adrianopel meldet, daß die Griechen gestern abend ihre Artillerie nach Dardanellen gesetzt und verließ hätten, sie bereiteten die Belagerung Adrianopels vor, da die Türken die Christen niedermachten. Infolge dieser Drohung habe man sich bemüht, die Ankunft der französischen Kavallerie zur Aufrechterhaltung der Verbündung zu beobachten. Eine Wunde in den brennenden Dörfern hat ergeben, daß die Christen von den Griechen bei der Münning in Brand gestellt worden sind. Nach dem Verleger wird die Zahl der Flüchtlinge aus Thraxien auf 200 000 geschätzt, abgesehen von den 50 000 griechischen Soldaten, die ohne Disziplin leben.

Vom amerikanischen Geschäftsbüro.

(New York.) Die Wochenberichte der Zeitungen melden lebhafte Tätigkeit, fallende Preise und Anwachsen des Eisenbahnbetriebs als charakteristische Merkmale des Geschäftsbüros.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Glückwunschkarten des Reichspräsidenten. Die Seebandlung (Preußischer Staatsbank) feierte am Sonnabend ihr 150jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß hat der Reichspräsident an den Präsidenten der Seebandlung einen Glückwunschkart geschrieben.

Frankreich.

Die Verteidigung des Achtstundentages. Der Nationalrat des allgemeinen Arbeiterverbandes (C.G.T.) hat Sonnabend getagt und sich in einer Resolution für Verteidigung des Achtstundentages ausgesprochen, der vor der Revolution droht sei. Der Nationalrat fordert die Vertreter der gewerkschaftlichen Internationale, namentlich aber die Gewerkschaften der Transport- und Bergarbeiter auf, ihre Tätigkeit zu vereinigen, um dem Ansturm, der in der ganzen Welt gegen den Achtstundentag zu erkennen sei, Widerstand zu leisten.

Der Streik in Marseille beendet. Aus Marseille wird gemeldet, daß die Arbeit auf dem Kai und auf den Hafen anlagen wieder aufgenommen worden ist.

Der kommunistische Kongreß, der Sonntag vormittag eröffnet wurde, wählte Marcel Cachin zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede begrüßte er die Streikenden von Le Havre und das Proletariat der gesamten Welt, besonders das deutsche Proletariat. In der Nachmittagsßigung trat der Kongreß in die eigentlichen Arbeiten ein.

Gerichtssaal.

Der "Saxonialkonzern" vor Gericht.

(a.) Unter der alten Bezeichnung Niedel und Genossen kam am Sonnabend die Gründung des "Saxonialkonzerns" vor der 7. Strafkammer des Dresdner Landgerichts zur Verhandlung. Hauptangeklagter war der 1865 zu Grödig geborene frühere Fleischer und vormalige Besitzer der Mittelsbacher Bierbrauerei, Ernst Arthur Niedel, der im Sommer vorlasten Jahres während der allgemeinen Konjunkturflut ein gleiches Unternehmen gründete, und dieses Gebäude unter dem Namen "Saxonialkonzern, Niedel u. Co." in öffentlicher Eröffnung traten ließ. Niedel ist wiederholt, aber nur geringfügig vorbestraft. Nach dem Urteil unserer Konszern wurde ein Prospekt verbreitet, wonach alles mögliche verprobt und garantiert, und vornehmlich aber nach Ablauf von zwei Monaten doppeltes Geld in Aussicht gestellt worden ist. Der Angeklagte will bei der Gründung nicht unvermögend gewesen sein, er gab in der Verhandlung vor Gericht sein Bestigkeit auf fast 400 000 Mark an. Mitinhaber war zunächst ein gewisser Henry Maul, der vor einiger Zeit an Lungenschwindsucht verstorben ist. Dieser soll den Prospekt entworfen und auch die vorstehende Leitung geführt haben. Der Gründungsbeschluß leiste Niedel unter anderem Betrug, gewerbsmäßiges Glückspiel und Konkurrenzvergehen zur Last. Nach den Angaben des Bierbrauerei-Göbke sind im Saxonialkonzern insgesamt 4 881 000 Mark an Einnahmen erzielt, und davon wieder als doppeltes Geld ein Teil zurück gezahlt, oder aber bei Buchmachen verweitet worden. Anfangs sind 2 272 000 Mark Schadens ermittelt worden, diese Summe hatte sich dann später wieder auf 1 681 000 Mark verminder. Wie in der Verhandlung zur Sprache kam, soll noch ein Auto vorhanden sein, wodurch sich infolge in der inzwischen eingetroffenen Versteigerung beim Verkaufe derselben die gegenwärtige Fehlsumme weiter beträchtlich herabsetzen dürfte. Angegeben wurde der Angeklagte aber, daß im Konszern so gut wie keine Bilder geführt werden sind, und soweit dies geschehen, war es ganz lächerlich gewesen. Nach zweistündiger Verhandlungsdauer wurde Niedel im Sinne des Gründungsbeschlußes zu insgesamt neun Monaten Gefängnis und zu 65 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Reune, Flemming & Cie., Hannover.

Markt-Bericht.

Seit unserem letzten Bericht hat sich unsere Vorhersage einer weiteren Befestigung des Marktes erfüllt. Große Abfälle sind in englischen Hoblen mit Deutschland, Rußland, Canada und Amerika geschlossen worden, abgesehen von der verstärkten heimischen Nachfrage und dem ständigen Absatz englischer Hoblen nach den continentalen Märkten.

Die Verfestigung des Marktes findet unschwer eine Erklärung in dem Umstand, daß die diesjährige Ritter der europäischen Hoblenproduktion um ca. 140 Millionen Tonnen hinter der normalen Erzeugung von 1913 zurückbleibt. — Dieser Ausfall wird durch den sehr monatlichen amerikanischen Streit noch empfindlicher gemacht.

Die zur Zeit herrschende Depression in den verschiedenen Industrie-Gebieten ist nicht stark genug, um einen Ausfall von solchem Umfang die Wäge zu halten.

Im Northumbria- und Yorkshire-Gebiet vermögen die verfügbaren Mengen bei weitem die Nachfrage nicht zu decken. — Sämtliche englischen Eisenbahnen des Bezirks Midland haben ihren Bedarf für die nächsten drei Monate in Yorkshire und Derbyshire-Gärten gedeckt, und diese mit 27,0 Shilling pro Tonne, frei an Bord im englischen Hoben, bezahlt ein Preis, welcher sich nun wenig unter dem Preis hält, der bis ganz vor kurzem für die gleichen Sorten frei deutschen und holländischen Häfen gefordert wurde.

Nord, Nachfrage und Preisstabilität sind sowohl für Hochföh-Hoben, als auch für das Hoben stark.

Brüder. Die Fracht-Raten nach deutschen Häfen und Skandinavien haben angezogen und dürfen sich mit der Annäherung der für die Schiffahrt ungünstigeren Jahreszeit weiter festigen.

Gezeichnet am 8. Oktober 1922.

gestreiken Sonntag antreibend auch mit dieser Schwäche ihrer Kampfkraft den Gegner, den sie früher schon manchmal geschlagen hat, mühslos niederringen. Sie nahm das Spiel in der ersten Zeit viel zu leicht und wurde in ihrer Sorglosigkeit noch bestürzt durch ein bereits in den ersten Minuten erzieltes Tor. Als aber die Gäste nach einem Fehlzug eines Verteidigers den Ausgleich erzielten und schließlich gar nach einer unzähligen mißglückten Abwehr des Tormannes der Niesaer in Führung gingen, erwachte langsam die Erkenntnis vom Ernst der Lage bei den Nordfächern und machte sie, besonders ihren Anhängern reichlich nervös. Dieser konnte darum selbst noch vorsätzlich eingeleiteten Erfolg versprechenden Angriffen das Tor nicht finden. Die technisch wie taktische Überlegenheit der Niesaer war nicht zu verkennen. Am Sturm fehlte der Mann, der die vor dem gegnerischen Tor geschossenen gefährlichen Augenblicke durch zielgerichteten Schuß zu krönern versteht. Erfreulicherweise wurde gestern weit mehr geschossen als in den bisher in Niesa gespielten Spielen, leider aber noch recht, recht ungenau. In der zweiten Spielhälfte, als die Niesaer volle Kraft einleiteten, verließen die Gäste in die Verteidigung. Sie lachten, oft mit 7-8 Mann, ihr Tor rein zu halten. Was trotzdem hindurchkam, darunter ein feiner Kopfball und ein Schöpfball von links, wurde von dem ganz ausgesuchten Tormann der Mittweidaer, der übrigens der beste Mann auf dem Felde war, glänzend gehalten. Die hereinbrechende Dunkelheit störte den Endkampf so erheblich, daß es unbedingt erscheint, weshalb der Schiedsrichter hier nicht eingriff. Ein Eindruck der Niesaer war die Folge. Dem absoluten Stärkeverhältnis der beiden Mannschaften nach mußte Niesa das gefährliche Spiel unbedingt gewinnen, denn die Mittweidaer in ihrer Gelassenheit überraschten nicht gerade durch übermäßige glänzende Leistungen. — Abteilung für Jugendpflege. Der Jugendmeister gestaltete das Spiel in Meilen trog des Gedächtnis der zwei in der Liga mitwirkenden Leute mit 3:0 Sieg. Der Knaben- und Jugendmeister gewann gegen Germania-Mittweida 1. Knaben mit 2:1. Handball der Damen. Dresden 1. Damen und Niesaer Sportverein. Damen spielten 1:1.

Über das gestrige Spiel Niesaer Sportverein - Mittweidaer F. C. 1899 (1:2) berichtet das „Chemn. Tagebl.“:

Der Niesaer Sportverein erlitt gestern gegen den Tabellenletzten eine überraschende Niederlage. Es kommt durch diesen Sieg zu den ersten zwei Punkten in den diesjährigen Verbandsspielen. Der Kampf fand auf dem Witz-Vorplatz statt, da der Platz des Sportvereins anderweitig belegt war. Der Sieg der Gäste war nicht völlig verdient, da Niesa weit mehr vom Spiel hatte und momentan in der zweiten Halbzeit stark drückte. Dennoch konnte die in diesem Spiel recht schwache Stürmerreihe die sichere Hintermannschaft des Gegners nicht überwinden. Niesa erzielte in der 8. Minute durch Werbeth das erste Tor. 10 Minuten später gleichen die Schwarz-Gelben durch den Halbcreden aus und schließen kurz vor der Pause sogar das siegreiche Tor (Fichtner). Halbzeit 2:1 für Niesa. Nach Seitenwechsel brachten die Chemnitzer, wie schon gesagt, stark, ohne jedoch den verdienten Ausgleich zu erzielen. Niesa protestiert, da das Spiel nicht während beträchtlicher Dunkelheit stattfand. Das Spiel konnte wegen Bugverspätung erst nach 4 Uhr beginnen.

Stand der Ligaspiele Kreis Mittelsachsen.

	Spiele gew.	unentn. verl.	Tore	Punkte
	Nr. gegen	Nr. gegen		
National	6	8	2	12:8
Teutonia	5	3	—	12:5
C.V.C.	5	3	2	9:4
Breuen	6	3	1	10:7
Niesaer S.V.	6	2	2	6:6
V.F.V.	5	2	1	7:9
Sturm	2	2	4	10:15
Hellas	2	1	—	8:4
Mittweida	5	1	—	3:14
National - Breuen	1:1	National 2	Punkte	

Die 1. Elf des Röderauer Sportvereins fertigte bei dauernder Feldüberlegenheit Leipzig Olympia 3. Ritter mit 3:0 ab. In die Tore teilten sich Hölzer (2) und Nagy (1). Auch die Jugend-Mannschaft konnte die Liga - Jugend Olympia mit leichter Feldüberlegenheit mit 3:0 belagern. Die 2. und 3. Elf weilten in Großenhain und haben trotz des vielen Erfahrs gut absolviert. Röderau 2. - Großenhain 1:6; Röderau 3. - Ring- u. Sp.-Verein 2. - Großenhain 10:0. Das Gesamtturnierverhältnis 17:6 für Röderau.

181. Landeslotterie.

5. Stolze, 10. Tel. 14. Oktober. (Ohne Gewähr.)
75000: 15879 50000: 91340
40000: 43872 20000: 72942 100596
10000: 20218 67868 88322 109963
5000: 5627 85821 46037 51976 52728 58908 70003 93120
94283 98068 105706 111698
2000: 1033 1158 1199 2372 9308 10816 15500 16477 17348
17859 26493 29817 30177 31139 36603 36787 37598 30278 90337
40178 40866 47148 50148 52631 58454 58550 64802 68622 69202
70687 70732 72455 75849 82412 82844 88097 88008 91372 92257
83208 04892 95812 99577 106714 107506 106722 111267 112109
117527 129662 124914 129196 120944
2000: 299 1945 3151 4302 4621 6838 7166 8582 8823 10804
10359 14379 14590 17450 18875 19483 10932 20700 22764 23384
24780 24891 25421 26579 26643 27205 28060 28058 28047 30407
30629 31794 31768 33308 33606 33797 35063 38331 38315 39724
40698 45070 47316 48022 48352 52419 57482 57907 58376 58701
58091 59713 64100 64745 67102 72531 72708 77302 77637 84767
84910 87044 88682 92063 92121 92320 93308 96529 97754 98165
98506 101672 102071 106174 106206 106299 106309 108610 108768
112266 113194 114275 114832 117586 119552 120947 123913 124175
125832 127111 128301 128418 128846
1200: 1752 1862 2678 2965 3226 4203 5429 5490 5780 6040
7281 7289 8003 10443 11483 11478 12633 12817 13280 13769
13775 15831 17288 17605 18673 21057 22121 22384 23233 25526
25660 25735 27135 28261 28490 29647 29831 30083 30338 34805
35001 37067 37933 37951 38884 40080 41293 42409 42570 42627
42671 42992 43813 43908 44942 45608 46840 49978 50301 50504
51558 52992 53095 53248 54631 54903 55625 55667 56655 59465
50704 56819 60198 62088 62821 62965 64031 65712 67266 67295
67467 68802 68907 70338 70347 71309 72251 72801 73070 73377
75851 75853 75900 76767 79230 80445 81508 81527 81716 82849
82853 84157 85048 85530 85540 87207 87414 87838 88002 90202
90248 91127 93000 93719 94456 94475 94737 95068 96185 96332
96738 97270 97704 97747 97986 98067 98129 98486 98491 98803
99110 99875 100685 102022 103479 108644 108682 104191 104756
106483 106566 107062 109000 110683 111248 111571 113062 113067
113963 114670 115056 116870 117037 117268 118110 118332 118749
120107 121270 121582 122164 122452 122526 123493 125373 125426
126131 126716 127036

Persil bleibt Persil

Ohne Chlor! Wäscht
bleicht und desinfiziert.
Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DUSSELDORF, auch der altbewährten „HENKO“ (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Einem kleinen Teil der Post- und Landauflage liegt heute dem Niesaer Tageblatt ein Flugblatt über „Tanz-Zentrifügen“ (Vertreter: Fritz & Emil Müller, Merseburg und Niesa, Berlin C 25).

Warnung.
Ich warne hiermit jeder-
mann, meiner Frau etwas
auf meinen Namen zu
borgen, da ich nicht dafür
aufkommen. Johann Grafe,
Niesa, Rosenblatt 4.

Verloren
eine Brieftasche
mit größerem Geldbetrage
auf d. Langenberger Dorf-
straße. Der ehr. Herrn
Werner erhielt jung, Kauf-
mann schnell möglichst
Tanzunterricht?

Preisangebote u. K.G. 9557a
zu kaufen. Gute Beförderung
zu kaufen.

Ing. sucht möbl. Zimmer
in Niesa oder Gröba.

Angebote mit K.G. 9555
an das Tageblatt Niesa.

Wibbi. Jim. g. Wittenwohn-
(Wäsche mitzubringen) frei
Albertstr. 5, v. r.

Ges. Suche mich mit
500 000 Mark an einem
Inserat. Unternehm. stimmt
D. läufig z. beteiligen.
Offeren unter K.G. 9559
an das Tageblatt Niesa.

Unserin
Gädel, 1910
eher. Gütern ver-
mögen sehr klein, wenn
aber ebenso viel Gütern von Zuckerk
oder -Medizin - Soße zu erwerben
S. Schaus mit großem ehrlichem
Wert. Wünsche, um Zusammen-
arbeit. Da einen kleinen Betrieb
aufzubauen.

Kaufe altes Gold u. Silber
auf eigenen Verarbeitung. Goldschmid
Hans Günzen. Saathofstr. 44.

Heirat!

Hübsche 24 jähr. Deutsch-
amerikanerin, Witwe, m.
200.000 Dollar, wünscht
sich m. ehr. Herrn, auch
ohne Vermögen, zu ver-
heiraten durch Frau San-
der, Berlin C 25.

Mt. Hausmädchen
gesucht. Vorzustellen
Bahnhoftstr. 32.

16-17 jährigen Bursche
sucht Beschäftigung
gleich welcher Art.

Zu erfr. im Tagebl. Niesa.
Wer erhielt jung, Kauf-
mann schnell möglichst

Tanzunterricht?

Preisangebote u. K.G. 9557a
zu kaufen. Gute Beförderung
zu kaufen.

Offeren mit Preis unter
K.G. 9556 an Tagebl. Niesa.

Ig. Kaufmann sucht
möbl. Zimmer

in Niesa oder Gröba.

Angebote mit K.G. 9555
an das Tageblatt Niesa.

Wibbi. Jim. g. Wittenwohn-

(Wäsche mitzubringen) frei

Albertstr. 5, v. r.

Ges. Suche mich mit

500 000 Mark an einem

Inserat. Unternehm.

stimmt D. läufig z.

beteiligen. Offeren unter

K.G. 9559 an das

Tageblatt Niesa.

Kaufe altes Gold u. Silber

auf eigenen Verarbeitung. Goldschmid

Hans Günzen. Saathofstr. 44.

ff. Bockbier

aus der Brauerei
zum Feldschlösschen
Dresden
empfiehlt
R. Schwade
Riesa. Fernruf 49.

Pflaumen,
Äpfel u. Birnen
verkauft
Nichts 27.

Ein Wohnhaus
auf dem Lande, nahe einer
Bahnstation, wird sofort
zu kaufen gesucht.

Carl Henneberg,
Pfeifewitz.

Kinderbüchlein und
Spielzeug zu verkaufen.

Zuerst. im Tagebl. Niesa.

Neuer Anzug f. gr. Herrn
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Niesa.

Guterh. Schaukelpferd
zu kaufen gesucht.

Offeren mit Preis unter
K.G. 9556 an Tagebl. Niesa.

Ig. Kaufmann sucht
möbl. Zimmer

event. mit Küchenbenutzung, gegen hohe Bezahlung

zu mieten gesucht. Öfferten erb. unter K.G. 9554
an das Tage

Die Rede Lloyd Georges.

Lloyd George erklärte in seiner Rede in Wandsbek, das englische Volk glaube nicht, daß die englische Regierung vorsätzlich versucht habe, England in den Krieg zu führen, er betrachte dies als Verabschaffung als ein Verbrechen am britischen Volk. Die Regierung habe drei Leistungen bewirkt: 1. die Freiheit der Meerengen für den Handel aller Nationen zu sichern, 2. zu verhindern, daß der Krieg nach Europa übergetreten, und 3. zu verhindern, daß in Konstantinopel und Thrasien sich das Schauspiel unbegreiflichen Schreckens wiederhole, wie es Griechen während der letzten sieben Jahren tat. Die Bedeutung der Meerengen herabzusetzen, läßt Lloyd George aus, sie seien die einzige Fahrtstraße zum Schwarzen Meer, wo in der Kriegszeit ein Übersturz an Rohstoffen und Lebensmitteln vorhanden gewesen sei. Ein Drittel des Handels dieses Teils der Welt sei stets von britischen Schiffen durchgeführt worden. Die Meerengen seien lebenswichtig für England und die Menschheit. Die britische Regierung könnte sie nicht sperren lassen, ohne damit den größten und wichtigsten Preis aus den Händen zu geben, den England mit seinem Sieg über die Türkei im Weltkrieg davongezogen. Lloyd George fragte, was geschehen wäre, wenn die Türken, die jetzt besiegt seien, ohne bewaffneten Widerstand zu finden, den Bosporus überschritten und nach Konstantinopel und Thrasien gegangen wären. Man weiß, was dies bedeutet hätte: Krieg und der Krieg von 1914 habe gewissermaßen auf dem Balkan begonnen. In Konstantinopel würde sich eine furchtbare Katastrophe ereignet haben. Seit 1914 hätten die Türken fast ständig eineinhalb Millionen Armenier und 600 000 Griechen niedergemacht.

Im weiteren Verlauf seiner Rede setzte sich Lloyd George in seiner sachlichen Art mit den gegen ihn von liberaler Seite gerichteten Angriffen auseinander. Sowohl die Marine, als auch die Militärratgeber der Regierung hätten erklärt, daß die Freiheit der Meerengen für den friedlichen Handel nicht gefährdet werden könne, wenn nicht beide über gehalten würden. Die Türken rückten vor, die Franzosen zogen sich zurück und die Italiener folgten ihnen direkt auf den Balkan nach. Angenommen, England wäre seitdem hinter Frankreich vergangen, dann würden die feministischen Streitkräfte Tschancal besiegt haben. Das nächste, was geschehen wäre, würde die Überschreitung der Meerengen gewesen sein. Ob ist von Seiten der Kritik gefragt worden, weshalb die Regierung keine Vereinbarung mit den Alliierten getroffen habe. Wir hatten eine Vereinbarung. Galt vor einigen Wochen erheblich eine Mitteilung von der französischen Regierung, daß, wenn die Griechen oder Türken in die neutrale Zone eindringen, diesen mit bewaffneter Gewalt von den Alliierten entgegentreten werden müsse. Wir haben dem zugestimmt, wie glaubten, sie meinten es ehrlich. Wie konnten wir denken, daß es nur für eine Partei bestimmt war?

Lloyd George befasste sich hierauf in längeren Ausführungen mit der gegen ihn von Seiten Anatolius und Grenz gerichteten Kritik. Die Türkei sei fast vollständig aufgeklärt gewesen durch Übereinkommen mit verschiedenen Mächten, bevor er Premierminister geworden sei. Er selbst habe dieser Politik zugestimmt, und er habe daher kein Recht, Anatolius und Grenz zu kritisieren. Er müsse jedoch zugeben, daß es eine äußerst kürzliche Politik gewesen sei. Denn wenn die russische Revolution gekommen wäre, dann würde man die Bolschewisten jetzt in Konstantinopel und in den Meerengen haben. Unter Beifall erklärte Lloyd George, es sei nicht nur ein ohne Blutvergießen errichteter Friede geschlossen, sondern ein Friede, dessen Großbritannien sich auf keinen Fall zu schwänen brauche.

Er habe die Stellung, die er jetzt einzunehme, nicht gefunden. Er habe niemals gesagt: Macht mich zum Premierminister. Viele drei Jahre sei er bestrebt gewesen, zurückzutreten. Er habe gedacht, daß er seinem Lande einen größeren Dienst leisten könne in einer unabhängigeren Stellung. Er habe Bonar Law gebeten, die Regierung zu übernehmen. Dieser habe abgelehnt. Zu Beginn dieses Jahres habe er an Chamberlain geschrieben und vorgeschlagen, daß es besser sei, daß Chamberlain, der der Führer der Partei sei, die eine Mehrheit im Unterhaus besitze, das Amt übernehme, und er (Lloyd George) habe jede Unterstützung zugesagt unter der Bedingung, daß die Politik der Regierung eine Politik der Pazifizierung sei, daß keine reaktionäre Geschädigung erfolge und daß der Vertrag mit Irland durchgeführt werde. Seine Kollegen seien nach gemeinsamer Beratung anderer Ansicht gewesen. Ihm bangt nicht vor der Zukunft. Die Welt habe sich von den tiefen Kriegssünden noch nicht erholt. Die Erholung werde nur langsam von statten gehen. Viele Rückslüsse würden eintreten. Die nächste Aufgabe der Staatskunst in dieser Stunde sei die Pazifizierung der Nation. Sein Weg sei klar. Er werde mit aller seiner Macht jede Regierung unterstützen, die sich dieser Aufgabe furchtlos und entschlossen widme, vorausgesetzt, daß sie nicht Maßnahmen ergreife, die dem Lande dauernden Schaden aufzufügen, seien es reaktionäre oder revolutionäre Maßnahmen. Jeder Regierung, die diesen Weg nicht verfolge, werde er mit aller seiner Macht entgegentreten. Dies sei seine Politik. Die Zukunft sei schwierig. Die Lage Englands und der Welt sei zu ernst, als daß irgendeine Regierung sich auf Partei- oder persönliche Mandate einlassen könnte. Er werde kein Partei- oder Parteispiel treiben. Er sage die nationale Sicherheit und Wohlfahrt über die Interessen jeder Meinung, und wenn er, infolge der Stellung, die er übernommen habe, und in der er zu beharren beabsichtige, als Dant in die Wildnis getrieben werde, so werde er stets mit Stolz daran denken, daß es ihm möglich gewesen sei, mit Unterstützung loyaler Kollegen in der Schlafsstunde der Geschichte der britischen Nation keine schlechten Dienste geleistet zu haben. (Großer Beifall.)

"Evening News" verbreiten auf Grund von Mitteilungen von Personen, die die Rede Lloyd Georges angehört haben, die Meinung: Lloyd George beabsichtigt entweder zurückzutreten oder eine Mittelpartei mit ihm selbst als Mittelpunkt zu bilden.

Die Räumung Thrasiens.

Der griechische Oberkommissar hat das Protokoll von Wandsbek unterschrieben. Wie weiter aus Konstantinopel gemeldet wird, sollte die Räumung Thrasiens durch die Griechen gestern unter der Kontrolle der Alliierten beginnen. Die an der Isthmushalbinsel stehenden französischen Streitkräfte werden die Grenzlinie überqueren. Die britischen Streitkräfte werden gleichfalls über die Grenze hin vorgezogen werden. Nach einer Meldung aus Angora werden die ersten Streitkräfte der Gendarmerie ungefähr 2500 Mann, unverzüglich nach Thrasiens abgehen. Im ganzen sind 8000 Mann vorgesehen.

Der Bergarbeiterkrieg in Otranto beigelegt.

Nach einer Prager Meldung der "Montagspost" ist der Otranto Bergarbeiterstreik beigelegt worden. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Die Unternehmer haben die Einführung der absoluten Arbeitszeit statt der bisher sechsstündigen und die Herabsetzung der bisherigen Sohnjahre durchgefeiert.

Der Reparationsplan Bradburys.

Der Bericht der Reparationskommission.

Die Reparationskommission veröffentlicht einen Bericht über den von Bradbury unterbreiteten Vorschlag zum Ausgleich des deutschen Budgets und zur Stabilisierung der deutschen Mark. Der Plan enthält folgende Vorschläge:

1. Das deutsche Budget nahezu völlig von den äußeren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu entlasten, eventuell bis zu einer Dauer von vier Jahren, um so Deutschland die Möglichkeit zu geben, Kredite zu erhalten.

2. Den Marktursprung zu stabilisieren durch eine Vereinbarung, durch die die Reichsbank ermächtigt wird, Gold gegen Papiermark zu einem von einer gemischten Kommission festgelegten Preis zu verkaufen.

3. Die Reparationskommission zu reorganisieren und ihren Sitz nach Berlin zu verlegen.

In der Begründung des Vorschlags Bradburys zum Ausgleich des deutschen Budgets und zur Stabilisierung der deutschen Mark heißt es: Der Plan einer Stabilisierung der Mark durch Verkauf von Gold zu einem festgelegten Preis ist nur möglich, wenn die Reichsbank der Verpflichtung entbunden wird, neue Kredite zu schaffen durch die Zwangsabschöpfung von Schatzbörsen, die lediglich der Deckung der Regierungsausgaben dienen. Wenn auf diese Weise ein neues Anwachsen der schwelenden Schulden verhindert werden kann, dürfte die Stabilisierung der Mark zu einem viel höheren Kurs als dem gegenwärtigen kaum ernsthaften Schwierigkeiten begegnen. Sie ist auch ohne Gefahr für die Goldreserve des Reichsbanks durchzuführen, umso mehr, als der gegenwärtige Notenumlauf viel geringer ist, als der Bedarf des Lendes. Dagegen hat der völlige Zusammenbruch der Mark die fortwährende Herstellung des budgetären Gleichgewichts, die vor sechs Monaten noch möglich erschien, völlig undurchführbar gemacht, wenn man nicht wenigstens vorübergehend das deutsche Budget von den aus dem Friedensvertrag herrührenden Verpflichtungen entlastet. Ohne den Ausgleich des Budgets läßt sich eine weitere Verstärkung der schwelenden Schulden nicht verhindern. Eine entzündliche Aufhebung der Zahlungen in ausländischen Devizes würde heute nicht ausreichen, um die notwendige Erleichterung zu schaffen; denn die rasche Steigerung der innerdeutschen Preise erhöht jeden Tag die im Papiermarkt ausgedrückte Last, die im Budget die Sachleistungen darstellen. Nach dem Ansicht Bradburys steht man daher vor der Wahl, entweder die Zahlungen völlig und die Sachleistungen fast völlig für einen beträchtlichen Betraum aufzuhören oder aber eine Regelung zu treffen, die der deutschen Regierung Einnahmen zur Deckung ihrer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag verleiht, ohne die schwelende Schulden zu vermehren.

Bradbury schlägt weiter vor: Die Gläubigermächte erklären sich bereit, die deutschen Schatzbörsen in Höhe des jeder betreffenden Wachstumszweckes zu garantieren. Die Mächte mit Anspruch auf Zahlungen nehmen an deren Stelle die auf fünf Jahre ausgestellten Bonds und vertreiben sie unter eigener Garantie. Diese Mächte, die sonst Lieferungen beziehen, geben ihre Garantie für deutsche Bonds in Höhe des Wertes der Lieferungen. Die deutsche Regierung hat selbst das Recht, diese Bonds zu handeln. Die Bonds wären in Gold oder in der Währung des garantierenden Staates zahlbar. Die Kommission würde sich das Recht vorbehalten zu verlangen, daß die Kosten der Lieferungen zum Teil auf das deutsche Budget abgewälzt würden. In diesem Falle hätten die Mächte, die solche Lieferungen erhalten, die Bonds nur in proportionaler Höhe des nicht vom deutschen Budget getragenen Gesamtbetrages zu garantieren. Die Regelung würde zunächst für zwei Jahre wirksam sein. Die Reparationskommission hätte jedoch das Recht, sie nach Wahrung der Notwendigkeiten auf zwei weitere Jahre zu verlängern. Die alliierten Regierungen würden erachtet, sich zu verpflichten, vor Ablauf der Regelung die Gesamtfrage der deutschen Zahlungsverpflichtungen auf Grund des Friedensvertrages einer Prüfung zu unterziehen, um sie dauernd der deutschen Zahlungsfähigkeit anzupassen und ihre Stabilisierung mit Hilfe einer Reihe von ausländischen Zahlungsmitteln in die Wege zu leiten.

Der Plan Bradburys sieht die endgültige Regelung der interalliierten Schulden zusammen mit der Regelung der deutschen Verpflichtungen ins Auge und empfiehlt den alliierten Regierungen die Möglichkeit, sofortige Vereinbarungen zu prüfen, um die Schwierigkeiten zu lösen, die sich zwischen heute und der allgemeinen Regelung ergeben könnten. Der beherrschende Gedanke dieses Plans ist der, die Einstellung der durch den Friedensvertrag vorgeschriebenen Zahlungen zu vermeiden, wodurch den Budgets der alliierten Länder ernste Ungelegenheiten bereitet würden. Zu gleicher Zeit aber soll auch Deutschland Erleichterungen erhalten, die es ihm gestatten, durch Kredite seine eigene Währung und seine Budgets wieder aufzurichten. Jedoch

Blutige Zusammenstöße in Berlin.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Bund für Freiheit und Ordnung hatte zu Sonntag vormittag 10 Uhr seine Mitglieder nach dem Circus Busch zu einer Versammlung eingeladen, in der bekannt wurde, daß Deutschlands Not sprechen sollten. Bereits um 9 Uhr kamen mehrere hundert Personen vor dem Circus an, die die Versammlungsteilnehmer durch Redenarten belästigten und auch tätlich angriffen. Als die Schupolizei einem Verleger zu Hilfe eilte, wurde ein Beamter am Hinterkopf schwer verletzt, so daß er besiebunglos niederknüllte. Eine auffällig vorbeifahrende Radfahrpatrouille der Schupolizei von 4 Mann wurde von den Rädern gerissen und übergerollt. Die Räder wurden gelöst. Als weitere Verstärkungen der Schupolizei herantraten, war die Menge bereits bis auf etwa 1000 Personen angewachsen. Bei der Räumung des Platzes vor dem Circus wurde den Beamten heftiger Widerstand entgegengesetzt. Nun der Abelskührer wurden festgenommen. Einem weiteren Aufgebot von Beamten gelang es schließlich, die Demonstranten in die Seitenstraßen abzudrängen. Nach den bisherigen Schätzungen dürften von den Teilnehmern der Versammlung und von den Demonstranten 20 Personen verletzt sein. Vier Beamte haben Verlegerungen erlitten, davon zwei sehr erhebliche. Bei den Zusammenstößen sind am Eingange des Circuses Busch mehrere Fensterscheiben und Türen zertrümmert worden. Den Verletzten wurden auf der Straße Dolche, Toßschläger, Schlagringe und andere gesetzliche Waffen abgenommen.

Von den zwei schwer verletzten Unteraufwachtmännern ist der eine noch nicht an der Leber geschriften. Man hatte die Beamten hinterließ überfallen und ihnen mit ihren eigenen Seitengewehren die Verlegerungen beigebracht. Zwei Versammlungsteilnehmer waren von den Demonstranten in Waller geworfen, aber von einem Schiffer gerettet. Ein Zeitungsvorleser, der die Deutsche Zeitung hielt, wurde von den Menge durchbohrt mißhandelt und seiner Zeitungen beraubt. Nach

sollten die Überschüsse der Garantien nur zu einer vorübergehenden Regelung dienen, die Deutschland die notwendige Zeit lädt, um sein Steuerrecht dem geforderten Geldwert anzuwenden und seinen Kredit wiederherzustellen. Der Plan hat nur Ausdruck auf Griechen, wenn die Deutschland bewilligt Erleichterungen so bedeutend sind, um den Ausgleich des Budgets zu ermöglichen, und wenn Deutschland sie wirklich dem Zwecke dienstbar macht, für den sie bestimmt sind.

Bradbury glaubt, daß dies nur erzielt werden kann, wenn die Kontrolle über das Abkommen einer Körperschaft übertragen wird, die nicht nur in finanzieller Hinsicht Deutschland und seinen Gläubigern Vertrauen einflößt, sondern auch in erster Füllung mit der deutschen Regierung zusammenzustehen ist. Bradbury glaubt deshalb, daß die Neugründung der Reparationskommission und ihre Übertragung nach Berlin einen integralen Bestandteil des Plans bilden.

Die Kritik der französischen Presse.

Der Reparationskommission überreichte Plan Bradburys zur Stabilisierung der Mark und Sanierung der deutschen Finanzen wird von der französischen Presse fast einmütig, wenn nicht abgelehnt, so doch stark kritisiert. Die Gründe, die seine Unannehmbarkeit und Wirkungslosigkeit darin sollen, laufen "Echo de Paris", offenbar einflußreich, wie folgt zusammen: 1. Der Plan Bradburys zerstört endgültig das, was von der finanziellen Solidarität der Alliierten noch übrig geblieben sei. 2. Er zerstört die Sachleistungen, weil die Länder, die sie zu empfangen wünschten, gewungen wären, sie zu bezahlen. 3. Mit Hilfe des Plans können man nicht dazu gelangen, die Mark zu stabilisieren, weil notwendigerweise das Deutsche Reich, nachdem man das Vertrauen in die Zukunft seiner Währung wiederhergestellt habe, gezwungen wäre, innere Anleihen in Bayernmarkt abzuschließen, die in Goldmark wieder rückzahlbar seien. Bei der vorgeschlagenen Kombination würde das Publikum sich beilegen, seine Papiermark gegen die verfügbaren Goldsummen umtauschen, wodurch kein Ergebnis erreicht werde. 4. Der Plan zerstört die Regelung der interalliierten Schulden, sofern das auf und bestimmt nicht ihre Regelung. Er stellt jedoch den gefährlichen Grundstock auf, daß die Gläubigerstaaten durch die ersten Zahlungen Deutschlands belastet werden sollten. 5. Er zerstört den Londoner Abolitionsplan vom Mai 1921 und stellt nichts Brüderliches an seine Stelle.

"Petit Parisien" vertritt die Ansicht, der Plan Bradbury sei vom französischen Standpunkt aus unannehmbar. Delegation dem Plan Bradbury den Plan einer wirkungsvollen Kontrolle der deutschen Finanzen entgeggestellt haben, ohne eine Regelung der Zahlungen Deutschlands damit zu verknüpfen, die auf einer großen Reparationskonferenz in Brüssel besprochen werden müsse.

Der französische Plan.

Poincaré hatte gestern vorzeitig eine Unterredung mit Barthou. Nach dem "Temps" wird der Plan, den die französische Abordnung am kommenden Freitag der Reparationskommission (Wiederherstellungsauftakt) unterbreiten will, von Poincaré und Barthou und von den zuständigen Referenten im Finanz- und im auswärtigen Ministerium in Verbindung mit Sachverständigen der Abordnung bei der Reparationskommission ausgearbeitet.

Eine Rede Poincarés.

Der ehemalige französische Ministerpräsident und Führer der Stadialen Poincaré hielt in einer von der republikanischen Liga in Bourdeaux veranstalteten Versammlung eine Rede, in der er sagte, die jetzige französische Politik des alleinabzuhaltenden Deutschlands sei demagogisch. Die Politik die die französischen Republikaner ihr gegenüberstellen, sei nicht der Verzicht, sondern die Realisierung im Verein der Möglichkeit. Man wolle mit aller notwendigen Beleidigung wieder aufbauen, indem man deutsche Arbeiter und deutsche Materialien verwende. Man müsse einen Teil der Aktien der großen deutschen Unternehmen an deren Zahlung verwenden und ein für alle mal die deutsche Schulden feststellen, zwecks Abschluß einer großen internationalen Anleihe. Poincaré trat auch für das natürliche Spiel des wirtschaftlichen Ausgleichs ein, den er in eine autonome Außenmarke umwandeln will, da eine Höchstheit auf die Dauer doch nur zur Weigerung oder zu Krieg führen würde.

Pierpont Morgan in Paris.

Ginem Berichterstatter des "Antreisgeant" hat der in Paris eingetroffene amerikanische Bankier Pierpont Morgan erklärt, er sei zum Vergnügen hier, und es sei völlig folglich, daß er, wie ein amerikanisches Blatt behauptet habe, sich in Paris aufzuhalten, um wieder eine Bankierkonferenz zu verhandlungen über eine internationale Anleihe für Deutschland einzuberufen.

Einer der verletzten Demonstranten, der einen Banknoten erhielt, vertritt die Ansicht der Arbeiter dürfte er nicht mit dem Leben davon kommen. Um 11 Uhr war die Versammlung zu Ende. Die Teilnehmer zogen in kleinen Trupps davon. Die Seitenstraßen werden noch immer von zahlreichen Demonstranten besetzt gehalten.

Einer der verletzten Demonstranten, der einen Banknoten erhielt, vertritt die Ansicht der Arbeiter dürfte er nicht mit dem Leben davon kommen. Um 11 Uhr war die Versammlung zu Ende. Die Teilnehmer zogen in kleinen Trupps davon. Die Seitenstraßen werden noch immer von zahlreichen Demonstranten besetzt gehalten.

Wie die "Montagspost" meldet, hat der Berliner Polizeipräsident auf die Ereignisse der verbrecherischen Ureheber der getöteten blutigen Zusammenstöße am Circus Busch eine Belohnung von 500 000 Mark ausgesetzt. Für die Menschen, die bei der Durchführung der kommunistischen Aktion angeworben wurde, ist, wie das Watt nach einer mehrheitssozialistischen Korrespondenz mitteilt, darauf hingewiesen, daß der festgenommene Obmann des Berliner Obdachlosenclubs ausgeschlagt hat, daß die Aktivisten von der R.A.D. zur Teilnahme an den Demonstrationen besonders aufgefordert worden seien. Aus den von den Kommunisten gesammelten Geldern habe der Obmann des Clubs 200 000, die übrigen Aktivisten jeder 1000 Mark erhalten. Der Obmann sowie die Geldgeber wurden verhaftet.

Wie das Watt ferner meldet, kam es nach Schluß der Versammlung am Circus Busch zu neuen Angriffen. Die Kommunisten sprengten einen Zug der Versammlungsteilnehmer. Auch mehrere Studenten, die von der Seite der Aktivitätsübertragung aus der Universität kamen, wurden mißhandelt. Gegen diejenigen, die die kommunistische Aktion inszeniert hatten, wird das Strafverfahren wegen Verbrechens, Aufruhrs und Aufforderung dazu und Anstiftung zu Prostitution handlungen eingeleitet werden.

Der amtliche Bericht über die Zusammenstöße.

Über die gestrigen blutigen Zusammenstöße im Circus Busch wird vom Polizeipräsidenten Richter u. a. mitgeteilt: Die kommunistischen Gegendemonstrationen stellten sich am Versammlungsgebäude um 8 Uhr früh morgens ein. Um 8 Uhr nahmen vor dem Circus Busch etwa 500 Arbeitslose

Auflistung. Der proletarische Gesundheitsdienst ist bereits um 7 Uhr an dem Bahnhof Büchel beobachtet worden. Die Sitzung der nach dem Circus Büchel einberufenen Versammlung des Bundes für Freiheit und Ordnung ist am Freitag in der Sitzungssitzung der RPD ausdrücklich beschlossen worden. Gegen 8 Uhr legte ein planmäßiger Angriff auf die Versammlung im Lokal ein. Zunächst wurden die Ordner des Bundes für Freiheit und Ordnung von den Kommunisten verprügelt. Gleichzeitig strömten aus den umliegenden kleinen Kommunisten herbei und drangen in den Circus ein. Die Ordner des Bundes und die Versammlungsbesucher wurden hierbei durch Schläge und Stöcke mehr oder weniger schwer verletzt. Die Schupolizei war anfangs nur schwach durch 6 Beamte vertreten. Da der Angriff unerwartet früh eingesetzt wurde, wurde die Heranziehung von Verstärkungen erschwert. Gegen 9 Uhr waren 200 Hunderter vom Kommando Alleganten auf Polizeiwagen eingetroffen. Die Menge der Kommunisten war inzwischen auf 8000 Personen angewachsen. Gegen 9 Uhr wurde der Platz vor dem Circus durch die Schupolizeibeamten geräumt. Auch Mitglieder des proletarischen Gesundheitsdienstes haben sich an den Ausschreitungen beteiligt und mit den Samariterabnern und Auskultationsküsten auf die Teilnehmer der Versammlung eingeschlagen. Gegen 10 Uhr rückte ein Zug der Kommunisten, überwiegend Obdachlose und Jugendliche, in der Richtung des Polizeipräsidiums ab. Vor der Polizeiwache auf dem Allegantenplatz wurden Angriffe gehalten. Die Altkisten erhielten hinter dem Warenhaus Tietz ihre Löschung. Die Versammlung wurde dann zerstreut. Um 4 Uhr nachmittags waren beim Rettungssamt in Berlin noch 9 Schwerverletzte gemeldet, die im Krankenhaus in Behandlung bleiben müssen. Der Arbeiter Probst ist mit einem Bauchstich tot eingeliefert worden. Es wurden rund 100 Personen festgenommen. Diejenigen, die als Anstifter gelten können, wurden in Haft behalten. Die Polizei ist entschlossen, die Versammlungsfreiheit vor den kommunistischen Vergewaltigungsversuchen unter denen bereits sämtliche Parteien gelitten haben, mit allen Mitteln zu schützen, was sie bereits in ihrer Warnung vor der heutigen Versammlungsstörung angekündigt hatte.

Die Versammlung des Bundes für Freiheit und Ordnung.

In der gestern im Circus Büchel in Berlin abgehaltenen Versammlung des Bundes für Freiheit und Ordnung, die zu den blutigen Zusammenstößen vor dem Circus führte, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die im Hinblick auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl den Ausdruck gibt, daß als Reichspräsident nur ein Mensch in Frage kommen könne, der nicht der sozialistischen Minderheit des deutschen Volkes angehört. Um besten verkörperte Generalfeldmarschall von Hindenburg die Eigenschaften für einen Reichspräsidenten, an dem die herzliche Freiheit gerichtet werde, sich einem solchen Auge nicht zu versagen.

Eine amtliche Mitteilung zur Devisennotverordnung.

Zur Devisennotverordnung erhält B. L. B. folgende amtliche Mitteilung:

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln vom 12. Oktober 1922 nebst Ausführungsbestimmungen ist am 12. d. Jls. in Nr. 60 des Reichsgesetzbl. veröffentlicht. Die Verordnung verbietet in § 1, Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln bei Inlandsgeschäften im Sinne des § 1 Absatz 3 des Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 2. Februar 1922 zu fordern, anzubieten, auszubilden, zu leisten oder anzunehmen. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf laufende Verträge. Dagegen verboten ist die Preisstellung in ausländischen Zahlungsmitteln auf der Grundlage einer ausländischen Währung im Kleinhandelsverkauf. Entgegnete Vorschriften für sonstige Inlandsgeschäfte bleiben vorbehalten. Es kann aber heute schon gefestigt werden, daß falls die vorliegende Verordnung den gewünschten Erfolg, d. h. Vereinigung des Devisenhandels von allen Geschäften, die im Interesse der deutschen Wirtschaft nicht unbedingt erforderlich sind, nicht haben wird, weitere Maßnahmen ergriffen werden, die gegebenenfalls mit rückwirkender Kraft weitere Beschränkungen des Verkehrs in ausländischen Zahlungsmitteln zum Gegenstand haben werden.

Der § 2 der Verordnung bestimmt, daß der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel nur nach vorheriger Genehmigung der Prüfungsstelle, das ist nach der zu der Verordnung ergangenen Ausführungsverordnung vom 12. Oktober 1922 das Finanzamt, zulässig ist, in dessen Bezirk der Auftraggeber seine gewerbliche Niederlassung, bzw. seinen Wohnsitz bzw. seinen Aufenthalt hat. Diese Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn der Auftrag von der Reichsbank oder von Banken oder Bankiers im Sinne des § 1 des Devisenhandelsgesetzes oder von einer Person oder Personengesellschaft eingetragen ist, und der die anfängliche Handelskammer eine Bescheinigung darüber ertheilt hat, daß ihr Gewerbebetrieb Geschäfte regelmäßig mit sich bringt, zu deren Abwicklung Zahlungen nach dem Ausland notwendig sind.

Nach § 3 dürfen die in § 1 des Devisenhandelsgesetzes bestimmten Banken und Bankiers Verkaufsgeschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur abschließen, wenn sie in der im Devisenhandelsgesetz bereits vorgeschriebenen Form über die Person des Antragstellers sich vergewissert haben. Es werden dann weiter der Affidavitzwang und die Behandlung der eingereichten Belege seitens der Banken behandelt. Den Bestimmungen des Devisenhandelsgesetzes über das Affidavit ist neu hinzugefügt die Angabe des Verwendungszwecks der erworbenen ausländischen Zahlungsmittel.

Die Banken dürfen die in § 3 der Verordnung bezeichneten Verkaufsgeschäfte, soweit der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel der Genehmigung des Finanzamtes bedarf, nur abschließen, wenn die von dem Auftraggeber einzurichtenden Belege mit dem Genehmigungsbewerkt des Finanzamtes verlebt sind. Bei Verkaufs geschäften, die auf Grund einer erzielten Handelsförderungseinigung der Genehmigung nicht unterliegen, ist die Berechtigung der Bank in Urkunde oder beglaubigter Abschrift vorzulegen.

In § 4 ist bestimmt, daß die Prüfungsstellen, nach der Ausführungsverordnung des Reichswirtschaftsministers für die Gemeindebezirke der Städte Altona, Berlin, Bremen, Frankfurt a. M., die Devisenabsatzstelle der Reichsbank für Devisenabgabe, Berlin C 18, zu prüfen haben, ob die erworbenen Zahlungsmittel zur Bezahlung von Einfuhrwaren, zur Abdeckung von damit zusammenhängenden Verbindlichkeiten, deren Zahlung in ausländischer Währung zu erfolgen hat, oder zu sonstigen im Interesse der deutschen Wirtschaft notwendigen Zwecken erforderlich gewesen sind, ob der Abdeckungszweck richtig angegeben worden ist, und ob die Zahlungsmittel zu dem angegebenen Zweck verwendet werden können. Es ist ausdrücklich bestimmt, daß zu diesem als zulässig erachteten Zweck nicht gehören Käufe von ausländischen Zahlungsmitteln zu Zwecken der Spekulation über Vermögensanlage, darunter Sicherungskäufe an Devisen und anderen Auslandszahlungsmitteln für reine Auslands geschäfte (sogenannte Dedungsgeschäfte).

Die Befolgung dieser Vorschrift ist durch schwere Strafbestimmungen — Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren, Geldstrafe in Höhe des 1-10fachen Wertes der ausländischen Zahlungsmittel — sichergestellt.

Zusatzbestimmungen zur Devisenordnung.

Der „Montagssatz“ aufsige, werden demnächst Zusatzbestimmungen zur Devisenordnung erscheinen, die eine Reihe von Rücken ausfüllen. Ramentlich wird bei der Umwandlung der Verordnung des Reichspräsidenten in ein Gesetz von der Regierung beim Reichstag verlangt werden, daß Bestimmungen erlassen werden, die die Wirklichkeit der Vorschriften erhöhen und die insbesondere die nachträgliche Abrogation der bisher gemachten Devisengeschäfte ermöglichen sollen.

Die Währungsanleihe.

Nach der „Montagssatz“ soll die vom Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagene Schaffung einer werblichfähigen Anleihe zur Kapitalanlage für inländische Güter fest auch die grundlegende Genehmigung des Kabinetts gefunden haben. Die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, mit dessen Ausarbeitung das Finanzministerium betraut sei, steht schon in den nächsten Tagen bevor.

Die österreichischen Sozialdemokraten gegen das Genfer Protokoll.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten nahm folgende Entscheidung an: Der Parteitag befürchtet, die Durchführung der Genfer Konvention in der vorliegenden Form mit allen zweckdienlichen Mitteln zu verhindern. Zu diesem Zweck befürchtet der Parteitag: 1. Fortsetzung der schärfsten parlamentarischen Opposition gegen den Genfer Vertrag, 2. Massenversammlungen in ganz Österreich gegen die drohende Gefahr der Fremdherrschaft, 3. Bildung eines Parteiteiles, der die Grundlässe weiterer Kampfführung festzustellen haben wird, 4. Aufruf an den Parteidienst, sich unverzüglich mit den internationalen Proletarierorganisationen und Arbeiterparteien Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei ins Einvernehmen zu setzen, damit deren Einfluß den Missbrauch der Kreditlinie an Österreich zur Unterstützung konservativer Verbündungen der österreichischen Bourgeoisie verhindere.

Herriot über Russland.

Der französische Abgeordnete Herriot hat dem Berliner Vertreter des „Journal“ nach seiner Rückkehr aus Russland Mitteilungen über seine Reise gemacht, aus denen hervorgeht, daß die Volkskommissare sind grundsätzlich geneigt, die russischen Kriegsschulen in ihrem ganzen Umfang anzuerkennen. Raum die Extremisten machen gewisse Reserven. Sie wollen eine allgemeine Anerkennung durch eine vorübergehende Regelung ersehen, von der allein die kleinen Rentner, die russische Papiere besitzen, Nutzen ziehen sollten. Russland streift Frankreich mit gleicher Unzulänglichkeit die Arme entgegen, wie unter Napoléon II. Frankreich könnte, wenn es wolle, in Russland wieder eine bedeckende Rolle spielen. Die Russen würden, wie es scheint, eine französische Million, auszumengen, aus klärlichen und unterrichteten Industriellen, Finanzleuten, Politikern und Intellektuellen, annehmen, die nach Moskau kämen, um die Lage zu studieren und mit den Sowjets zu beraten. Sie würden sich nicht weigern, mit dieser Kommission ernstlich über die Regelung der Schuldenfrage zu verhandeln. Am Augenblick sei die Zahlungsmöglichkeit der Russen gleich null, aber sie sagten, 5 oder 6 gute Cräten würden genügen, um die Dinge radikal umzuändern.

Helfferich über das Währungselend.

Auf Einladung des Arbeitsausschusses deutsch-nationaler Industrieller des Landesverbandes Bayern hat der Abgeordnete Dr. Helfferich in geschlossener Versammlung im Maßgebungsraum in München über wirtschaftliche Fragen gesprochen. Er erklärte, daß die äußere Ursache unseres Währungselends der Friedensvertrag von Versailles, die innere Ursache aber unseres Produktionsverfalls ist. Die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie, die sich gleichzeitig gegen die Mehrarbeit sträubt, ist der Grund, weshalb das Deutsche Reich keine kantionsfähige Unterschrift mehr geben kann. Die seit 50 Jahren getriebene Politik der Sozialdemokratie hat sich als Phantasie erwiesen. Wir müssen den Mut haben, sowohl der Reparationskommission zu sagen, daß es nicht mehr weiter geben kann, als auch den Mut finden, den Arbeitern zu sagen, daß sie mehr arbeiten müssen, sonst geben wir elend zugrunde. Die von Feind und Freund gegen uns getriebene Rohstoffblockade hat ebenfalls unsere Produktion, wie unsere Valuta so beeinträchtigt. Unsere besten Vermögenswerte sind um das 500- bis 600fache verringert, der Mittelstand ist gebrochen, der geistige Arbeitsteil am schwanken getroffen, der Jugendliche am arbeiten daran. Das Ausland wird uns die gelernten Arbeiter, Ingenieure und Techniker wegnehmen, und uns bleiben die Ungelernten. So werden wir wirtschaftlich und geistig proletarisiert. Nicht der Geldumsatz ist schuld an der schlechten Valuta, er hat sich nur um das 50fache vermehrt; der Dollarpreis aber um das 600fache seit der Kriegszeit. Deutschland braucht einen weitblickenden energischen Staatsmann. Die Lücke hat einen.

Eine Rede Stresemanns.

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Volksparthei in Halle sagte Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann: In der Außenpolitik wie in der Innenpolitik herrschen zwei Meinungen: die eine willst, daß die Katastrophen herentreiche, und die andere will dieser Katastrophen vorbeugen. Was aber in Russland zusammengebrochen ist, ist nur eine geistige Idee. Anders aber in Deutschland: hier bricht die Intelligenz zusammen. Man sollte sich klar darüber sein, daß eine deutsche Katastrophe sich auswirken wird auf die ganze Weltwirtschaft. Der Redner konnte sich auch nicht auf den Standpunkt des Reichskanzlers Dr. Wirth stellen, daß wir an den Vorgängen im Orient nicht interessiert seien. Hier mußte der Welt gesezt werden, daß Deutschland, wenn auch militärisch machtlos, doch noch Interesse hat an den außenpolitischen Vorgängen. Um nun wieder auf eine gesunde Basis zu kommen, muß es Aufgabe des deutschen Volkes sein, alle Kreise zusammenzufassen. Es muß das Beste reten nach mehr Produktion, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ in den Vordergrund gestellt werden, denn letzten Endes liegt unsere Rettung bei uns selbst. Arbeit und Freiheit von unseren Brüderen sollen uns unseren Aufstieg wieder ermöglichen! Redner wies nach, daß gerade durch die Mitarbeit der Deutschen Volksparthei am Sturzgesetz so manche Bestimmung nicht und andere Bestimmungen neu aufgenommen werden konnten. Der Redner bedauerte das Verhalten der Deutsch-nationalen Volksparthei, die durch ihr Arbeitstheken dem Großen und Ganzen keinen Dienst erweiste.

Ein Ultimatum Bayerns?

Bayern soll nach Blättermeldungen im Laufe voriger Woche an die Reichsregierung Forderungen auf Maßnahmen gegen die Teuerung gestellt haben, die in einer Anzahl präziser, außerordentlich weitgebender Vorschläge gipfeln. Die Ziele dieser Forderungen sollen sich als eine ganz neue Richtung auch sozialpolitisch kennzeichnen und erheblich von denen der Gewerkschaften abweichen. Da für die Verantwortung ziemlich deutlich eine kurze Frist gestellt und bei Ablehnung die Verantwortung für die Folgen ausdrücklich abgelehnt und die Freiheit für selbständiges Handeln beansprucht wurde, stellen die Vorschläge mehr ein Ultimatum an die Reichsregierung dar.

Die Vorschläge Bayerns sollen sich vor allen Dingen auf einen umfassenden Schutz des durch die wirtschaftliche Lage schwer bedrohten selbständigen und angestellten Mittelstandes beziehen.

Die begnadigten deutschen Kriegsgefangenen.

Die Namen der durch Erlass des Präsidienten der französischen Republik begnadigten deutschen Kriegsgefangenen in Toulon lauten wie folgt: Wilhelm Borchart aus Berlin-Lichtenberg, Richard Lenke aus Stettin, Albert Schlotter aus Mohrenow, Karl Wilke aus Wilster, Christian Ansen aus Nördlingen, Erich Ledder aus Alt-Töplitz, Karl Engels aus Quakenbrück, Wilhelm Heißaus aus Brotzhausen, Richard Dohr aus Ohlau, Kurt Schlippe aus Möckern, Richard Weller aus Bielefeld, Christian Lang aus Ottweiler, Leonhard Winnicki aus Mohrungen, Wilhelm Krapp aus Karlsruhe, Otto Bludenz aus Berlin, Gustav Weitsch aus Bühl, Langenau, Paul Hertel aus Wallenstein, Erich Reuter aus Könnig und Paul Schöbel aus Böldau.

Wölf der Gefangenen reisten am Sonnabend aus Toulon nach Deutschland ab. Lieber die Abreise der übrigen ist noch nicht bekannt. Die Strafe der noch in Toulon verbleibenden fünf Kriegsgefangenen hat gleichzeitig im Gnadenweg eine Milderung erfahren, und zwar hat die Umwandlung der Strafe des Heinrich Saltz aus Vandenhofen in 4 Jahre Justizhaus und der des Otto Reuter aus Ehrenfriedersdorf in 5 Jahre Justizhaus stattgefunden. Ernst Garthe aus Bellau und Otto Raffin aus Gelsenkirchen sind je 4 Jahre Zwangsarbeit und Erwin Schmidt aus Schleiden 3 Jahre Justizhaus erlassen worden.

Deutschland geht noch lange nicht zugrunde.

Unter dieser, nicht mehr ganz neuen Spieldose veröffentlicht die „New Yorker Staatszeitung“ eine Erklärung des Generals George F. Randolph, früheren Präsidenten einer großen amerikanischen Eisenbahngesellschaft, der vor einigen Tagen aus Europa, wo er sieben Monate aufwand, nach Amerika zurückgekehrt ist. „Ich habe aus persönlichen Beobachtungen, zunächst in Norddeutschland, die Überzeugung gewonnen, daß Deutschland durchaus nicht auf den Hund gekommen ist“, erklärte Randolph. „Ich war in England, Frankreich und Norddeutschland.“, sagte er. „In Deutschland — weit davon entfernt, zusammenzubrechen — scheint alles geschäftlich der Normalität entgegenzugehen. Ich möchte hingehen, beständiger Prosperität. Wenn man alles geschäftig sieht, und einen Blick auf sechsundzwanzig Schiffshäfen in Bremen und Hamburg wirft, die unter Vollbeschäftigung arbeiten, wenn man sieht, wie große und viele kleine Gebäude errichtet werden, sieht dies nicht wie ein Zusammenbruch aus. Deutsche Steuer und Leiter von Schiffsgesellschaften sagen, daß binnen fünf Jahren die Hälfte der deutschen Kriegsschiffe wieder auf denselben Handelsrouten die See befahren wird. In Hamburg wird ein großes Bankgebäude errichtet und in Berlin ein Departementsgebäude, das so groß ist wie irgend eins in den Vereinigten Staaten (gemeint ist das Hochhaus am Bahnhof Friedrichstraße). Diese Gebäude werden aus Backstein und Mörtel gebaut, was mir nicht wie ein temporäres Unternehmen aussieht.“ Bei deutschen Lefern muß es eine gewisse Heiterkeit erwecken, wenn betont wird, daß bei uns die Neubauten aus Backsteinen und Mörtel erbaut werden. Es ist aber keineswegs überflüssig, dies besonders hervorzuheben. Es werden ja so viele Märkte über die deutschen Verhältnisse verbreitet! Um Ende haben die Amerikaner geahnt, daß wir nicht nur Siedlerhäuser, sondern auch große Bank- und Geschäftshäuser aus Lehm und Holz erbauen.

Das Mieterschutzgesetz.

Der Wohnungsausschuss des Reichstags setzte seine Beratungen über das Mieterschutzgesetz fort. Der § 1 lautet nach den Beschlüssen der Abstimmung folgendermaßen: „Mietverhältnisse über Gebäude oder Gebäudeteile können, vorbehaltlich der §§ 16 bis 19, auf Verlangen des Vermieters gegen den Willen des Mieters nur aus dem in den §§ 2 bis 4 bezeichneten Gründen aufgehoben werden. Die Aufhebung erfolgt auf Klage des Vermieters durch gerichtliches Urteil. Ist das Mietverhältnis für eine bestimmte Zeit eingegangen, so wird es nach dem Ablauf der Mietzeit nicht fortgelegt, wenn nicht der Mieter protestiert zu dem Zeitpunkt, zu dem nach § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine für den Ablauf der Mietzeit zulässige Rückerstattung zu erfolgen haben würde, sich auf die Beendigung des Mietverhältnisses beruft. Ein vertraglich vorbehaltener Rücktrittsrecht kann vom Vermieter nicht gegen den Willen des Mieters ausgenutzt werden. Dem Vermieter steht gleich, wer nach dem Abschluß des Mietvertrages das Eigentum an dem Grundstück erwirkt.“

Es folgte die Beratung des § 2 der Regierungsvorlage. Dieser Paragraph enthält die erste Gruppe der in der Berlin des Mieters liegenden Aufhebungsbegründen eines Mietverhältnisses. Nach den Beschlüssen des Ausschusses wurde für § 2 folgende Fassung gewählt: Der Vermieter kann auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn der Mieter oder eine Person, die zu seinem Hausstand oder zu seinem Geschäftsbetriebe gehört, oder der er den Gebrauch des Mietraums überlassen hat, sich einer nicht erträglichen Belästigung des Vermieters oder eines Haushaltbewohners schuldet. Das Mietverhältnis ist unangemessener Weise benutzt oder durch Vernachlässigung der gebotenen Sorgfalt den Mietraum oder das Gebäude oder die Sicherheit im Gebäude erheblich gefährdet, oder wenn die Benutzung des Mietraumes wesentlich über das normale Maß hinausgeht oder, wenn der Mieter einen Drücker des Gebrauchs des Mietraumes beläuft, obwohl er zur Überlassung nicht befugt ist. Die Aufhebung ist nur zulässig, wenn der Mieter ungedeckt eine Abmahnung des Vermieters das Verhalten fortsetzt oder es unterlädt, eine ihm mögliche Abhilfe zu schaffen, oder wenn das Verhalten des Mieters oder einer der vorher genannten Personen ein solches war, das dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugesagt werden kann.“ Die Beratungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Börsenwirtschaftliches.

Auf dem Großenhainer Wochenmarkt stellten sich am Sonnabend die Preise für das Blatt wie folgt: Kleinpflanze 8—10 Pf., Hollunderbeeren 4 Pf., Birnen 2—7 Pf., Bohnen, grüne 10 Pf., Butter, Stück 200—215 Pf., Rotbarsch 46 bis 55 Pf., Kabeljau 50 Pf., Schellfisch o. R. 60—70 Pf., Karotten 3 Pf., Kartoffeln 4 Pf., Grünkohl 5 Pf., Blumenkohl, bieger, Kopf 3—35 Pf., Kohlrabi, junger, Kopf 1 bis 2 Pf., Motzkraut, dicke, 7—8 Pf., Weißkraut, bieger, Kopf 4 bis 5 Pf., Weißkraut 5—6 Pf., Möhren 3 Pf., Rüben 40 Pf., Pflaumen 10 Pf., Pilze, geröstet, 15 Pf., Gelblinge 30 Pf., Sanddolden 12—15 Pf., Steinpilze 30 Pf., Knoblauch, Wäschchen 1 Pf., Salat, bieger, Staude 1—2 Pf., Sellerie 3—8 Pf., Spinat 6 Pf., Tomaten 12—15 Pf., Weintrauben, bieger, 15—20 Pf., Zwetscheln 13—15 Pf.

Die neuen Eisenhandelspreise. Der Westdeutsche Eisenhändler-Verband hat ab 15. d. M. seine Preise wie folgt festgelegt: Stäbchen im Thomasguß 10 220 Pf., in Siemens-Martin-Guße 10 640 Pf., Universaleisen 11 070 Pf., 11 550 Pf., Bandisen 11 790 Pf., 12 270 Pf., Großbleche 11 440 Pf., 11 950 Pf., Mittelbleche 11 890 Pf., 12 520 Pf., Feinbleche 12 900 Pf., 13 420 Pf., Formisen 10 100 Pf., 10 580 Pf., alles pro D.-St.